

Straßentausch vor Gericht: Initiative vermutet Absicht

Lukat: Mit der Aussetzung des Gerichtsverfahrens wolle die Bezirksregierung einer Niederlage zuvor kommen.

HAAN (RP) Die Bürgerinitiative Lebenswertes Haan sieht in dem Umstand, dass die Bezirksregierung Düsseldorf das Gerichtsverfahren rund um die Umstufung der Martin-Luther-Straße zur Kreisstraße und der Turnstraße zur Gemeindestraße gestoppt hat, einen Winkelzug.

Die Bezirksregierung hatte angekündigt, das zunächst vom Kreis Mettmann vorangetriebene Vorha-

ben nun in eigener Regie umzusetzen. Damit setzte das Verwaltungsgericht Düsseldorf das Gerichtsverfahren nur einen Tag vor der mündlichen Verhandlung aus (RP berichtete).

Eine Klärgemeinschaft aus dem Kreis der Bürgerinitiative Lebenswertes Haan hatte beim Gericht Widerspruch gegen die geplante Umstufung eingelegt und sah sich in ihrem Vorgehen durch viele Bürger der Stadt Haan unterstützt. Die Befürchtung: Dadurch, dass die Martin-Luther-Straße zur Kreisstraße umgewidmet wird, wird noch mehr Verkehr, insbesondere Schwerlastverkehr, durch Haan rollen. Die Turnstraße, die bislang Kreisstraße ist, ist stark sanierungsbedürftig.

Die Bürgerinitiative wirft Haans Bürgermeister Knut vom Bover vor, sich mit Verweis auf das Gerichtsverfahren mit dem von der Initiative geforderten Verbot einer Durchfahrt des Schwerlastverkehrs nicht beschäftigt zu haben. Nun versuche man „augenscheinlich, einer Niederlage vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf vor der Kommunalwahl vorweg zu kommen“, sagt Vorsitzende Meike Lukat. Dies sollte für alle Bürger ein deutliches Signal sein, sich zu wehren „und nicht dem Bürgermeister und der Mehrheit des Stadtrates blind zu glauben“.



Die Bürger fürchten, durch den Straßentausch könnte die Lkw-Belastung auf der Martin-Luther-Straße noch zunehmen. RP-ARCHIVFOTO: MATZERATH

Publikation
Lokalausgabe
Erscheinungstag
Seite

Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH
Rheinische Post Hilden
Freitag, den 24. Januar 2014
25

→ Impressum → Kontakt